

Organisierter Rechtsextremismus

Wie fahrlässig und gedankenlos die Stadt Zittau ihre Skins und Neonazis unterstützt

Wie man ein rechtsextremes Biotop anlegt? Zuerst die richtigen Jugendlichen; die muss man in Zittau nicht lange suchen, weil ihr Verein „Nationaler Jugendblock“ heißt. Dann ein Haus, das ihnen die Stadt billig und ohne Auflagen überlässt. Dazu Sozialarbeiter, die kaum etwas zu melden haben. Und einen Oberbürgermeister, der sagt: „Ich weiß nicht, ob unser Weg der richtige ist. Aber mir fällt kein anderer ein.“

Nicht mehr weiterzuwissen ist im Osten Deutschlands beim Umgang mit rechten Jugendlichen inzwischen das übliche Übel, Zittau ein Sinnbild für die Misere einer Sozialarbeit, die das Gute will und das Groteske schafft.

1992 hatte die Stadt über ihre Wohnbaugesellschaft dem Nationalen Jugendblock e. V. (NJB), laut Vereinsatzung eine Sammlung „national gesinnter Jugendlicher“, ein leer stehendes Haus an der Südstraße überlassen – für 80 Mark Miete. „Damit wussten wir wenigstens, wo sich die Rechten aufhalten“, sagt CDU-Oberbürgermeister Jürgen Kloß. Finanzielle Unterstützung für die Skins steuert das Kreisjugendamt bei: 1397,50 Mark im vorigen Jahr.

Das Ergebnis der öffentlichen Fürsorge ist immer wieder im Landesverfassungsschutzbericht nachzulesen: Der NJB sei ein „wichtiges Bindeglied der Rechtsextremisten in Ostsachsen“. Eine Schlüsselstellung nahmen die vom Verein genutzten Räume ein.

Zu Konzerten, Sonnenwend- und Herbstfeiern des NJB kommen bis zu 400 Besucher, auch Skinheads aus Polen und Tschechien. Dann dröhnen Stücke einschlägiger Bands wie „Landser“ oder „Tonstörung“ aus den Boxen. Textprobe: „Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig/ Lasst die Messer flutschen in den Judenleib.“

Jährlicher Höhepunkt für die Jugendlichen ist eine Demonstration, die der NPD-Kreisverband organisiert: ein Gedenkmarsch für den „Kameraden“ Holger Müller, der am 5. Juli 1992 in

Zittau starb, nachdem ein Schwarzafrikaner auf ihn eingestochen hatte – aus Notwehr. Das wollen die rechten Kader bis heute nicht wahrhaben: 180 Demonstranten kamen im letzten Jahr.

Bei solchen Veranstaltungen fänden die Jugendlichen „Zugang zum organisierten Rechtsextremismus“, warnt der Verfassungsschutz. Ungeachtet dessen verteidigt der Oberbürgermeister sein eigenwilliges Modell: „Wir wollen nicht an die absolut Rechten herankommen. Wir müssen den orientierungslosen Jugendlichen, die in das Haus gehen, klar machen, dass sie da nicht hingehören.“ Ergebnis: Allein 1999 gewann der NJB zehn neue Mitglieder.

Zur Umsetzung der verqueren Logik hatte sich die Stadt 1994 mit Vereinen, Verbänden, der evangelischen Kirche und dem Kreisjugendamt zu einem Trägerverbund zusammenschlossen und zwei Sozialarbeiter in das Haus geschickt. Doch ihr Einfluss ist gering. Der NJB hat als Mieter das Hausrecht. „Die Pädagogen haben da drin nichts zu sagen“, sagt ein ehemaliger NJB-Sympathisant, „höchstens, dass mal gekehrt werden soll.“

Sozialpädagoge Johannes Krüger weiß, wie wenig Macht er hat. Er kann einzelnen Jugendlichen bei persönlichen Problemen helfen, eine „Umerziehung“ der Rechten sei aber nicht möglich. „Wenn die NPD eine Veranstaltung macht, gehe ich da gar nicht erst hin.“ Er stünde auch ziemlich allein: Die meisten Politiker würden das Haus nur aus der Zeitung kennen, so Krüger. Der Trägerverbund, der die Pädagogen unterstützen sollte, habe sich seit Jahren nicht getroffen.



Neonazi-Unterschlupf in Zittau

„Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig“



Bürgermeister Kloß
Verquere Logik

Kontakte zu den 20 NJB-Mitgliedern und ihren Sympathisanten haben derweil andere geknüpft: Es bestehe eine enge Verbindung zu „rechtsextremistischen Gruppierungen und zur Skinheadszene“, schreibt der Verfassungsschutz.

Die Kritik am Zittauer Modell wächst: Thomas Pilz vom Multikulturellen Zentrum, Mitgründer des Projekts, würde dem NJB die Macht über das Haus wieder entziehen. „Damals haben wir zu wenig nachgedacht, wen wir da unterstützen.“ Doch der Oberbürgermeister will davon nichts wissen: „Dann treffen sich die Kameraden doch nur auf der Straße.“

Kloß weiß nicht mal, wer die rechten Kameraden anführt. Dabei ist gerichtsnotorisch, dass Sebastian Weickelt, laut Eintrag beim Amtsgericht aktueller NJB-Chef, 1994 Hetzschriften („Schluss mit der Holocaust-Lüge“) von der Südstraße aus an Redaktionen gefaxt hat. Das Urteil, unter anderem wegen „Volksverhetzung“: zehn Monate auf Bewährung.

MARTIN KNOBBE

im Raum Zeitz, oder sie läßt scheinbar arglos zur „Gebrüder-Grimm-Wanderung“ ins sachsen-anhaltinische Burgenland wie am 12. August.

Aber auch rechte Gruppen mit Vorfeld-Charakter für die NPD wie die Wanderjungend Gibor und die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) verstecken ihr Gedankengut hinter harmlos klingenden



Ankündigungen für „Zeltlager und Radwanderungen, Sport und Spiele, Zeitung- und Filmemachen“ (JLO-Werbung).

Meist sind es lokale Anführer, die für Aktionen sorgen. In Sachsen-Anhalt pflegt der Neonazi Steffen Hupka besten Kontakt zur rechten Jugendszene. Zwar wurde er im März als NPD-Landesvorsitzender nach einem politischen Streit abgesetzt. Doch nach wie vor sei Hupka für seine Partei als Organisator von Fahrten aktiv, berichtet ein Jugendlicher, der sich gerade nach jahrelanger Mitgliedschaft aus der Szene zurückzieht.

Der junge Mann, der aus Angst vor Repressalien seinen Namen nicht veröffentlicht sehen will, wurde schon mit 14 in die Szene gezogen: „Das lief vor allem über Musik und Konzerte von Skinhead-Bands.“ Später kamen weitere Angebote hinzu: So treffen sich die Kameradschaften des Landes inzwischen jedes Jahr zu einem Fußballturnier, das meist vom Vorjahressieger ausgerichtet wird, zuletzt im Frühjahr in Dornburg. Auch zu regelrechten Ferienlagern wird immer wieder eingeladen. Oft war der Ex-Rechte mit den Freunden aus seiner Kameradschaft wandern. „Hupka gibt dem Ganzen eine Struktur“, sagt der Aussteiger. „Da war immer was los.“

Über staatliche Jugendpflege hat sich der junge Mann nach einigen Erfahrungen ein niederschwelliges Urteil gebildet: Kein Sozialarbeiter, sagt er, habe sich getraut, „uns aus der Szene zu ziehen“.

Fasziniert haben ihn neben Trinkabenden und Schulungen vor allem die Fahrten zu Veranstaltungen der NPD: Vor Großdemonstrationen wie im September 1998 in Rostock werden die Jugendlichen an abgelegenen Bushaltestellen oder Autobahnauffahrten abgeholt, wo ihnen niemand folgen kann. „Das war für uns einfach aufregend.“ Während der Fahrt in gemieteten Reisebussen gelten strenge Regeln: Grölen und saufen dürfen die jungen Männer nicht, um nach außen nicht wie dumpfe Störenfriede zu wirken. Ordner kontrollieren das Verhalten. Zur ideologischen Unterstützung erhalten die Jugendlichen Blätter wie die „Unabhängigen Nachrichten“. Auch Anhänger der SSS verteilen ein eigenes Organ: In der „Parole – die Schülerzeitung aus der Sächsischen Schweiz“ versorgen sie die jungen Leser mit rassistischen und antisemitischen Inhalten.

Besonders zupass kommt den rechten Nachwuchs-Scouts, dass sie für ihre so genannte Jugendarbeit zum Teil staatliche Unterstützung erhalten – etwa in Zittau (siehe Seite 48). Auch die Anhänger der Germanen-Gruppe Odins Legion im sächsischen Kittlitz-Glossen treffen sich in einem so genannten Jugendclub. Dem hat der Landkreis Löbau-Zittau allein 1999 einen Zuschuss von 6825 Mark gewährt. Dass

die Jungnazis in ihrer Haltung eher bestärken. Der Chemnitzer Jugendamtsleiter Tobias Kogge etwa hält von antiautoritärer Arbeit mit Rechten wenig. Er hat deshalb die städtischen Sozialarbeiter angewiesen, strikte Regeln aufzustellen: Nazi-Musik müssen seine Leute in den Clubs verbieten, NPD-Kader sollen sie rauschmeißen – „und jeden Hitlergruß anzeigen“, sagt Kogge. Damit hat der quirlige kleine Mann die Chemnitzer Szene empfindlich geschwächt.

Doch viele Lokalpolitiker wollen vor allem Ruhe und stellen den Rechten einfach nur eigene Räume zur Verfügung.

Auch der Landkreis Sächsische Schweiz, in dem die SSS binnen knapp drei Jahren nach Schätzungen hundert Mitglieder warb, sah der rechten Gruppe lange zu. Zwar gibt es in der Gegend 54 so genannte ehrenamtliche Jugendclubs – doch dahinter verbergen sich kaum mehr als ein paar Räume, in denen sich junge Leute treffen können. Betreuer lassen sich hier, wenn überhaupt, nur gelegentlich blicken.

Der Sozialarbeiter Baldauf, der das marode Jugendhaus in Königstein saniert, ist selbst nur als ABM-Kraft beschäftigt, sein Vertrag läuft in einigen Monaten aus – „wie sollen die Jugendlichen da Vertrauen fassen?“, fragt er. „Ich bin hier doch auf verlorenem Posten.“

Ein wenig Hoffnung macht dem Sozialarbeiter, dass die Staatsanwaltschaft Dresden nach mehreren Hausdurchsuchungen intensiv gegen eine Reihe mutmaßlicher



Neonazi-Truppe Skinheads Sächsische Schweiz: Hetze in der Schülerzeitung

dort nach Angaben von Verfassungsschützern auch schon der stramm deutsche Barde Frank Rennicke aufgetreten ist, störte den Geldgeber offenbar nicht.

Oft gehört nicht viel dazu, jungen Leuten etwas zu bieten. Das wissen auch die Clubvorderen, berichtet einer der jüngsten NPD-Leute der Gegend. Programmpunkt am Mittwoch sei stets ein Saufgelage, das „Bergfest“ – schließlich ist die halbe Arbeitswoche geschafft. Der junge Nationalist wurde selbst früh rekrutiert. Erst besuchte er lose Parteitreffen, bald schon übernahm er Verantwortung – und kümmert sich nun selbst um die Jugend.

Kritiker monieren schon lange, dass staatliche Zahlungen wie im Fall Kittlitz

SSS-Leute ermittelt – wegen des Verdachts der Bildung oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Doch die jungen Leute stört das kaum. Im Gegenteil: „Selbst Jugendliche mit langen Haaren“, freut sich das NPD-Blatt „Deutsche Stimme“, würden in die Jugendarbeit einbezogen. Der Begriff SSS, will das Neonazi-Organ glauben machen, stehe nicht nur für Skinheads, „sondern für alle Jugendlichen dieser Region“.

Wie praktisch, dass bei so viel Sorge um den Nachwuchs der Königsteiner NPD-Stadtrat Uwe Leichsenring schon qua Beruf den Kontakt zu jungen Leuten pflegt: Der 33-jährige Rechtsextremist ist der einzige Fahrlehrer am Ort. DOMINIK CZIESCHE